

# Für eine demokratische Praxeologie. Rechtsradikale Politisierung und radikaldemokratische Konsequenzen

---

Jenni Brichzin

**Abstract** Jenni Brichzin plädiert in diesem Beitrag – entlang der Einsichten zweier politikethnografischer Studien – für die praxeologische Verschiebung einer klassisch-radikaldemokratischen Differenz. Das Beispiel rechtsradikaler Bewegungen in Chemnitz zeigt, dass nicht nur Politik, sondern auch Formen des Politischen essentialisierende (also potentiell anti-demokratische) Wirkung entfalten können. Anstelle der Unterscheidung Politik/Politisches tritt damit diejenige zwischen essentialisierender/nicht-essentialisierender Politisierung ( $\text{pol}_{\text{ess}}/\text{pol}_{\text{n-e}}$ ) in den Vordergrund; es gilt, theoretisch den schmalen Grat abschreiten zu lernen, der in praxi zwischen beiden Politisierungsformen verläuft. Dabei hilft überraschenderweise der empirische Blick in politische Institutionen wie Parlamente: Hier lassen sich historisch voraussetzungsvolle Sub-Repertoires der politischen Ent-Essentialisierung – etwa die Instituierung agonistischer Relationalität – beobachten.

*Drawing on insights from two ethnographic studies, Jenni Brichzin argues for a praxeological shift in radical democratic theory. As the example of radical right-wing movements in Chemnitz shows, it is not only politics but also the political that can have essentializing (i.e. potentially anti-democratic) effects. As a consequence, the classical distinction of politics/political must be replaced by the distinction of essentializing/non-essentializing politicization ( $\text{pol}_{\text{ess}}/\text{pol}_{\text{n-e}}$ ). Radical democratic theory must learn to tread the fine line that, in practice, runs between both forms of politicization. Surprisingly, the empirical look at political institutions such as parliaments helps observing sub-repertoires of political de-essentialization – for instance, the institutionalization of agonistic relationality.*

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Denk- und Gesellschaftsordnungen hängen zusammen – das ist mittlerweile eine recht simple Feststellung. Dieser Zusammenhang gilt auch für politische Theorien, denn (gute) Theorie erwächst aus den Problemen ihrer Zeit, an denen sie sich zugleich abarbeitet (z.B. Bohmann und Sörensen 2019, 31). Im Falle radikaler Demokratietheorien (RDT) ist die theoretische Gründungszeit geprägt durch den großen Gegensatz der politischen Systeme im Kalten Krieg. Schon der klassische Text von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe ringt erkennbar mit der historischen Erfahrung: dass sich auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung (bzw. marxistische Denkweise) – selbst, wenn sie mit hehren inhaltlichen Zielen dem als defizitär wahrgenommenen Kapitalismus entgegen entwickelt wurde – zum (demokratischen) Problem auswächst, wenn sie universalisiert und absolut gesetzt, also essentialisiert wird. Laclau und Mouffe setzen sich entsprechend die Entwicklung eines Denkens zum Ziel, »which denies any essentialist approach to social relations« (Laclau und Mouffe 2001, 82).

Unter den geänderten gesellschaftlichen Vorzeichen der Gegenwart ist es nun allerdings genau dieser konstitutive Anti- bzw. Post-Essentialismus, der RDT und anderen »postmodernen« Theorien verstärkt vorgehalten wird (vgl. z.B. D'Ancona 2017; McIntyre 2018; Pluckrose und Lindsay 2020). Pointiert und kenntnisreich formuliert eine solche Kritik etwa Larry Alan Busk (2018) – und zwar, indem er vom aktuellen Aufstieg des *Rechtsradikalismus* als zentralem Bezugsproblem ausgeht (vgl. auch Flügel-Martinsen 2022, 570). RDT seien nicht in der Lage, so argumentiert Busk am Beispiel der Ansätze von Mouffe und Laclau, ihre offensive Ablehnung rechtsradikaler politischer Tendenzen auf eine Weise zu artikulieren, die nicht in Widerspruch zu den eigenen theoretischen Prinzipien gerate: Nur, wenn man Anti-Essentialismus als inhaltlich gehaltvolles, universales Prinzip (durchaus normativ; vgl. Buchstein 2020) hypostasiere, könne man Rechtsradikalismus – als Form der Politisierung, die mit Essentialisierungen operiert<sup>2</sup> – auf der Basis von RDT fundamental problematisieren; täte man dies allerdings, so untergrabe man genau damit das anti-essentialistische Prinzip selbst und führe die eigene Argumentation ad

---

1 Die Arbeit an diesem Aufsatz wurde gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG; Projektnummer 443532822). Das DFG-Projekt »Kritik anti-essenzialistischer Soziologie« untersucht den Einfluss aktueller Theorie- und Denkformen im gesellschaftlichen Ringen um Fakten und Wahrheit.

2 Wobei er selbst diese Aussage skeptisch sieht, weil durchaus auch der politischen Linken zugeordnete Projekte wie etwa Feminismus und Anti-Rassismus »require the total exclusion of certain other identities« (Busk 2018, 244), arbeiten also zumindest selektiv essentialisierend.

absurdum.<sup>3</sup> Busk kommt zu dem drastischen Fazit: Mögen die RDT den Aufstieg des Rechtsradikalismus auch »vorhergesehen« haben (Ramin 2021, 337), letztlich scheitern sich doch an genau diesem Problem (Busk 2018, 225).

Der Text von Busk ist nur eines von mehreren Beispielen für aktuelle Appelle zur theoretischen Revision unter Bedingungen der Gegenwart (vgl. z.B. Ramin 2021; Koschorke 2018; Brichzin 2023). Und die Frage ist ja durchaus berechtigt: Lässt sich nicht mit dem vermeintlichen »Ende der Geschichte« (Fukuyama) nach dem Ende des Kalten Krieges eine so massive Verschiebung gesellschaftlicher Ordnungen diagnostizieren, dass ein »Weiterdenken wie zuvor« wenig überzeugt? Fest steht jedenfalls, dass demokratietheoretisches Denken in den 2020er Jahren vor anderen Herausforderungen steht als noch vor 40 Jahren: Heute ist es nicht mehr alleine und wohl auch nicht mehr vor allem der (essentialisierte) *Status quo*, der als zentrale Quelle der Gefährdung von Demokratie in Erscheinung tritt und als solche immer wieder aufs Neue überwunden und verflüssigt werden will. Stattdessen drängen Phänomene wie eben der neuerliche Aufstieg des Rechtsradikalismus in den Fokus der Wahrnehmung – sie werden zum Problem für Demokratie nicht etwa, weil sie den Status quo weiter zementieren, sondern gerade im Gegenteil: weil sie den Status quo *bereits erreichter*, als bewahrenswert erachteter Demokratisierungen gefährden. In dieser Situation verkehrt sich nicht nur die absolute Stellung des Status quo – vom Problem zur Prekarität –, es ändert sich auch das Verhältnis von anti-demokratischer Gefahr und demokratischer Progression: Können anti-demokratische Tendenzen zur Gründungszeit der RDT noch stark als etwas Systemförmiges, dem Demokratischen *Äußerliches* behandelt werden, das es als Ganzes (mitsamt seinen Institutionen) zu überwinden gilt, liegt eine solche Betrachtungsweise gegenwärtig sehr viel weniger nahe. Anti-demokratische Tendenzen sind heute demokratischen Ordnungen viel offensichtlicher nicht mehr äußerlich – sie durchziehen und unterminieren sie (auch) von innen.

Diese Beschreibung *gesellschaftlicher* Verschiebungen bildet den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen zu notwendigen *theoretischen* Verschiebungen unter Bedingungen der Gegenwart. Vor dem Hintergrund der Diagnose, dass der Status des Status quo heute – nicht zuletzt durch anti-demokratische Gefährdungen von innen – prekär geworden ist, werde ich für eine *praxeologische Verschiebung* argumentieren; eine Verschiebung, die die für RDT so bedeutsame kategoriale Differenz zwischen »der Politik« und »dem Politischen« hintertreibt: praktische Politik wird auf Präsenz des Politischen befragt, das Politische auf essentialisierende Tendenzen, die bisher vor allem der Politik zugeschrieben werden. Dadurch wird zugleich eine in RDT mindestens latent wahrnehmbare *normative Besetzung*

3 Der Selbstwiderspruchsvorwurf ist dabei natürlich ein ganz typischer Vorwurf, wie er an konstruktivistische Theorieansätze gerichtet wird: Wie kann eine Theorie, die Geltung generell anzweifelt, für sich selbst Geltung beanspruchen?

dieser Differenz bearbeitet: Das Politische tritt nicht mehr allein als Modus der Freisetzung in Erscheinung, die konkreten Formen der Instituierung von Politik nicht mehr hauptsächlich als Fixierungen. Wie sich zeigen wird, plädiere ich damit für eine Perspektive, die John Deweys Vorstellung von Demokratie als einer »Form des Zusammenlebens« (Dewey 2011, 121; vgl. Jörke und Selk 2019) näher kommt – die also Demokratie vor allem als eine *geformte gesellschaftliche Praxis* – jenseits der kategorialen Unterscheidung zwischen Politik und Politischem – begreift, die sich von »despotischen« (Dewey 2011, 116) und damit nicht zuletzt rechtsradikalen Praxisformen unterscheidet.

Für diese Argumentation werde ich Einsichten aus zwei eigenen empirischen Untersuchungen mobilisieren: Die Befragungen des »Politischen« (Abschnitt 2) stütze ich auf eine ethnografische Studie zur Stellung der Demokratie im Chemnitz, die ich nach den rechtsradikalen Ausschreitungen von 2018 gemeinsam mit Henning Laux und Ulf Bohmann durchgeführt habe (Brichzin, Laux und Bohmann 2022). Zur Auseinandersetzung mit »der Politik« (Abschnitt 3) ziehe ich Einsichten aus einer Studie zur politischen Praxis in Parlamenten heran, für die ich politische Professionelle auf mehreren parlamentarischen Ebenen ethnografisch begleitet habe (Brichzin 2016a). Abschließend werde ich Schlussfolgerungen herausstellen, die sich für RDT aus einer solchen *demokratischen Praxeologie* ergeben – sie bestehen nicht zuletzt in der Notwendigkeit einer neuen Aufmerksamkeit für *politische Epistemologie*.

## 2. Riskante Politisierungen in Chemnitz: Politisierung ≠ Ent-Essentialisierung

Die Chemnitzer:innen empfinden das, was im Spätsommer 2018 in ihrer Stadt passiert – man erinnert sich: rechtsradikale Aufmärsche und darauffolgend nationale wie internationale, überwiegend negative Berichterstattung –, als Schock. Und zwar über die politischen Lager hinweg. So berichtet nicht nur eine Expertin für den lokalen Kampf gegen Rechtsradikalismus, die wir im Rahmen unserer stadtethnografischen Studie interviewt haben: Viele Menschen vor Ort seien »sowas von geplättet, und, traumatisiert« (Brichzin, Laux und Bohmann 2022, 147) gewesen – »Wir waren einfach nicht mehr handlungsfähig« (ebd.). In ganz ähnlichen Worten schildert auch eine Interviewpartnerin aus den Reihen der radikalen Rechten – eine Funktionsträgerin der Chemnitzer AfD – die Stimmung in der Stadt: Die Menschen hätten sich »in einer Art Schock« befunden, man habe sie »wirklich auffangen« müssen (ebd.). »Die sind zu einem gekommen teilweise, die wussten nicht, wo sie sonst hingehen sollen« (ebd.). Derartige Empfindungen werden zwar an sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen festgemacht: an jenem Verbrechen, das den ganzen Ereignissen vorausgegangen war; an der offenen und ungenierten (temporären)

Übernahme der Öffentlichkeit durch die radikale Rechte; an einer stark auf Chemnitz fokussierten medialen Berichterstattung, die mitunter als massiv verzerrend (wenn nicht gar erlogen) erlebt wird. Doch der Effekt bleibt der gleiche: den Chemnitzer:innen kommt es so vor, als würde ihnen schlagartig ihr Alltag unter den Füßen weggerissen.

Was genau war gleich wieder passiert? Ende August 2018 wird ein Bewohner der Stadt, mutmaßlich nach einem Streit, am Rande des Stadtfests von Asylbewerbern erstochen. In Windeseile verbreitet sich die Nachricht durch die rechtsradikalen Netzwerke und führt in den folgenden Tagen zu enormer Mobilisierung auf den Straßen der Stadt – die Demonstrierenden prangern, teils in offen nationalistischen und rassistischen Tönen, die vermeintlich verfehlte Einwanderungspolitik der Bundesregierung an; die Polizei wird der Situation zu Beginn kaum Herr. Die Ereignisse haben auch Folgen weit über Chemnitz hinaus (und finden weit über Deutschland hinaus mediale Beachtung), die Koalition auf Bundesebene zerbricht sogar fast am Streit über fragwürdige Aussagen, die der damalige Verfassungsschutzpräsident mit Blick auf die Geschehnisse von sich gibt. Es lässt sich festhalten: Es kommt zu einer massiven *Politisierung*, die in Chemnitz noch Monate später spürbar ist.

Das ist zunächst einmal eine interessante Beobachtung: Politisierung – ein sozialwissenschaftlich (und auch radikaldemokratietheoretisch) häufig stark affirmativ besetzter Begriff – wird fast schon kollektiv als gesellschaftlicher Störfall wahrgenommen. Nun könnte man natürlich, in guter Intellektuellentradition, der ganzen Stadt einen Verblendungszusammenhang attestieren: die starke Verhaftung im Status quo führe dazu, dass dieser drastische Einbruch von Kontingenzerfahrung nicht als Gelegenheit zur Ausfechtung relevanter Konflikte und zur gesellschaftlichen Neuordnung angenommen werde. In unserer Chemnitz-Studie versuchen wir dagegen eher, von dieser Erfahrung analytisch zu profitieren und gelangen so zur Vorstellung *riskanter Politisierung* (ebd., 28) in der »Risikodemokratie« (so der Name der Studie): Die vorbehaltlose Affirmation von Vorgängen der Politisierung erscheint als fragwürdig, weil das Aufbrechen sozialer Muster – neben der Möglichkeit zur Verbesserung der Verhältnisse – ja immer auch die Möglichkeit der (in diesem Fall: rechtsradikalen) Regression in sich birgt. Unter Bedingungen eines zumindest relativ demokratisierten Status quo ist Politisierung also immer auch riskant. Für eine Beschäftigung mit *dem Politischen* im Sinne der RDT ist diese Einsicht folgenreich.

Die systematische Unterscheidung zwischen »der Politik« und »dem Politischen« wird häufig als eine der entscheidenden theoretischen Innovationen der RDT betrachtet. Es nimmt also nicht wunder, dass sich ganze Debatten darum entwinden, und dass diese Unterscheidung auch in Überblickstexten zuverlässig eine Zentralstellung erhält (vgl. Martinsen 2019). Der Grund dafür ist die dezentrierende, entfundamentalisierende Wirkung dieser politischen Verdopplung (Marchart 2010, 15): Zwischen der Politik – meist begriffen als institutionalisierter

Status quo einer bestimmten Form politischer Ordnung – und dem Politischen – häufig verstanden als vorgängiger Modus der (konflikthaften) Instituierung und Destituiierung von Ordnung überhaupt (Flügel-Martinsen 2020) – eröffnet sich der epistemische Möglichkeitsraum, um die gesellschaftskonstitutive Oszillation zwischen Kontingenz und Kontingenzunterbrechung denken zu können.

Klar ist zugleich: Die demokratischen Hoffnungen liegen in den RDT (in aller Regel) ziemlich eindeutig auf einer der beiden Seiten dieser Unterscheidung, nämlich aufseiten des Politischen. Damit grenzen sie sich bekanntermaßen explizit von vielen klassischen demokratietheoretischen Ansätzen ab, deren Hoffnungen demgegenüber gerade auf die Institutionenseite der Politik gerichtet sind – sie setzen darauf, dass die Einrichtung von Demokratie von der *richtigen* Einrichtung der Institutionen abhängt; das Theorieproblem besteht dann darin, die richtigen Institutionen festzuschreiben. Da jedoch RDT gerade in solchen Festschreibungen – denen immer eine Tendenz zur Essentialisierung anhaftet – die größte Gefahr für Demokratien sehen, verlagert sich der Schwerpunkt bei ihnen auf das Fluidität betonende Moment des Politischen. Diese Verlagerung lässt sich beispielsweise bei Oliver Flügel-Martinsen gut beobachten: Das Politische – bestimmt als »eine Tätigkeit der befragenden Weltgestaltung« (Flügel-Martinsen 2020, 80) – korrespondiert bei ihm unmittelbar mit einem Verständnis von Demokratie (im Anschluss an Miguel Abensour) als »Moment der Infragestellung einer bestehenden institutionellen Ordnung« (ebd., 124). Demokratie kommt hier erkennbar erst in der Aktualisierung des Politischen, also in der politischen Befragung/Infragestellung, zu sich selbst.

Befragung, Infragestellung, damit ist letztlich auch immer gemeint: Ent-Essentialisierung. Das Politische wird unmittelbar mit dem Vorgang der Auflösung von Absolutheitsvorstellungen, der Ent-Selbstverständlichung, der Veruneindeutigung assoziiert. Ähnlich halten das auch Dagmar Comtesse und Kolleg:innen gleich zu Beginn ihres Handbuchs zu den RDT fest: »Bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen teilen die in diesem Handbuch vorzustellenden Ansätze radikaldemokratischen Denkens das Ziel, [...] eine Befragung der normativen Demokratie mit der [...] Erkenntnis [zu verknüpfen], dass sich bestehende Ordnungsmuster im Rahmen politischer Handlungen aufbrechen lassen.« (Comtesse et al. 2019, 11) Aufbrechen, auflösen, ent-gründen: Wer Politisierung sagt, so klingt das an vielen Stellen durch, sagt immer auch Ent-Essentialisierung.

Genau diesen Kurzschluss von Politisierung und Ent-Essentialisierung stellen nun rechtsradikale Bewegungen, wie wir sie im Fall Chemnitz beobachtet haben, infrage. Denn die spontanen radikal rechten Aufmärsche in Chemnitz, denen es gelingt, in kürzester Zeit tausende von Menschen auf die Straße zu bringen – die dort neben historisch aufgeladenen Slogans wie »Wir sind das Volk!« teilweise auch offen rechtsradikale Parolen skandieren wie »Ausländer raus!«, »Volksverräter!«, oder auch mal »Wir sind die Krieger, wir sind die Fans, Adolf Hitler Hooligans!« –, müssen zwar eindeutig als Aktualisierungsformen des Politischen betrachtet werden.

Zudem wirken sie offensichtlich *disruptiv*, das wird an der Schockwirkung ersichtlich, die die gesamte Stadt erfasst. Doch rechtsradikale Bewegungen zielen eben *nicht* auf Ent-Essentialisierung. Im Gegenteil: Es ist ja geradezu ein Bestimmungsmerkmal rechtsradikaler Bewegungen, dass sie Weltverhältnisse, Verhaltensweisen und insbesondere Gruppen – »das deutsche Volk«, »die Ausländer«, und auch »die Frauen« – essentialisieren (Brichzin, Laux und Bohmann 2022, 26f.).

Wenn man möchte und es für nötig hält, lässt sich dies anhand unseres ethnografischen Datenmaterials leicht nachvollziehen, etwa am Beispiel des »Deutschseins«. Dazu muss man nur den Redner:innen bei entsprechenden Veranstaltungen – zum Beispiel bei Demonstrationen, oder bei Parteiversammlungen – einen Moment lang zuhören. Da lässt sich zum Beispiel von der Bühne herunter der Appell vernehmen: »Du sollst nicht nur deutsch sprechen, lesen und schreiben. Sonder du musst auch deutsch denken, deutsch handeln und deutsch bleiben!« (ebd., 117). Erkennbar wird in diesem repetitiven Insistieren dem Deutschsein eine distinkte Qualität, etwas eigenständig Wesentliches zugeschrieben. Noch drastischer zeigt sich das im folgenden Zitat, in dem ein anderer Redner den Wunsch äußert, »dass dieses Volk, das gute deutsche Volk wieder zusammenkommt. Und jetzt muss es unser Ziel sein, dass wir das deutsche Volk darüber aufklären, dass wir nicht die Bösen sind, sondern dass wir von dem legitimen Recht eines tausendjährigen Reiches unseres Volkes [Gebrauch machen], wo Millionen und Abermillionen Deutsche ihren Schweiß durch fleißige Arbeit vergossen haben, und immer wie Phönix aus der Asche wieder aufgestanden sind [Jubel wird laut]. Das Land gehört uns! Das ist unser Land!« (ebd., 118). Auch im Netz lässt sich in den Foren der Chemnitzer radikalen Rechten hundertfach nachlesen, dass man auf das Deutsche »stolz« sein dürfe und müsse, dass man es »verraten« könne und dass es zu »schützen« sei (ebd.). Solche Einschätzungen, die erkennbar darauf zielen, den Wert des Deutschen *an sich* festzuschreiben und zu fixieren, müssen dabei nicht weiter begründet werden, um viel Zustimmung zu ernten – Deutschsein selbst wirkt als Essenz und Fundament zugleich.

Die *essentialisierende Politisierung*, wie sie uns zum Beispiel in Chemnitz begegnet, nötigt dazu, das Verhältnis des Politischen zu Vorgängen der Ent-Essentialisierung genauer zu fassen als bisher. Das Politische kann nicht mehr automatisch mit Ent-Essentialisierung kurzgeschlossen werden. Ent-Essentialisierung verstehe ich dabei als *epistemischen Vorgang des Erfassens des kontingenten Gewordenseins* – im Unterschied zum als universell, absolut oder natürlich hingenommenen Gegebensein – von Sachverhalten (seien es nun Institutionen, Prozesse, Weltsichten, Ideen etc.). Als Politisierung lässt sich demgegenüber eine bestimmte Form der praktischen *Disruption des Status quo* begreifen (vgl. Brichzin et al. 2022: 29f.), die zwar als Nebenwirkung immer auch epistemische Effekte hat – dass einem nämlich der Status quo nicht mehr so selbstverständlich erscheint, wie das bisher womöglich der Fall war –, aber nicht notwendig auf Ent-Essentialisierung abzielt. Politisierung

und Ent-Essentialisierung stehen demnach tatsächlich in Zusammenhang – dieser Zusammenhang ist allerdings durchaus komplex, und die beiden Vorgänge lassen sich eben nicht unmittelbar gleichsetzen.

Was bedeutet das für die radikaldemokratische Betrachtung von Demokratie? Aus meiner Sicht ergibt sich aus den vorangegangenen Überlegungen die Konsequenz: Die konzeptuelle Verknüpfung von Demokratie und Ent-Essentialisierung muss als enger gedacht werden als diejenige zwischen Demokratie und dem Politischen. Denn das Beispiel rechtsradikaler Bewegungen wie etwa in Chemnitz lehrt, dass es zu einfach wäre, jede Form der politischen Infragestellung, der Disruption des Status quo, immer schon per se als eindeutig demokratisch zu verstehen. Viel eher scheint mir das zuzutreffen, wo es um die *Infragestellung von Essentialisierungen* geht, und das muss im Politischen durchaus nicht der Fall sein. Das ist es, was wir mit dem Ausdruck der riskanten Politisierung ausdrücken wollten: Das Politische wirkt eben nicht notwendig und nicht eindeutig ent-essentialisierend, Politisierungen können auch auf Essentialisierungen – zum Beispiel bestimmter gesellschaftlicher Gruppen – hinwirken.

Dass die konzeptuelle Verknüpfung zwischen Demokratie und Ent-Essentialisierung tatsächlich stärker ist als diejenige zwischen Demokratie und dem Politischen, wird in den RDT zumindest implizit überall dort deutlich, wo sie rechtsgerechtete politische Bewegungen problematisieren. Mit Blick auf die frühere rechtsradikale französische Partei »Front National« (heute »Rassemblement National«) und deren damaliges Oberhaupt Jean-Marie Le Pen stellt Chantal Mouffe beispielsweise unumwunden fest: »one cannot deny the *political character* of his discourse« (Mouffe 2005, 68; Hervorhebung JB). Rechtsradikalismus, das wird an diesem Beispiel deutlich, wird also nicht etwa deshalb zum Problem, weil er unpolitisch wäre bzw. der Politik gegenüber dem Politischen Vorschub leistet. Nein, das Problem liegt in der *Form der Politisierung*, auch das wird bei Mouffe deutlich – es sind ihr zufolge nämlich die »essentialist forms of identification« (ebd., 30), die zur demokratischen Gefahr zu werden drohen.

Das ist der Punkt, an dem die Kritik von Busk – von der ja die Einleitung ausgingen war – einsetzt. Busk hatte hervorgehoben, dass sich die RDT täuschen, wenn sie der Meinung sind, sie hätten dem rechtsradikalen Aufschwung aus eigener theoretischer Kraft bzw. ohne theoretischen Selbstwiderspruch etwas entgegenzusetzen: In der radikaldemokratischen Ablehnung des Rechtsradikalismus werde Anti- bzw. Post-Essentialismus geradezu essentialistisch als universales Prinzip hypostasiert. Nun scheint mir, dass – vor dem Hintergrund der vorangegangenen Überlegungen – zumindest das Problem der *normativen Hypostasierung* mithilfe der hier vorgeschlagenen theoretischen Verschiebung ein Stück weit gemildert ist: Anti-Essentialismus kann nun schlicht als Bestimmungsmerkmal des Demokratischen gelten. Doch darum geht es mir an dieser Stelle gar nicht vordringlich. Vielmehr möchte ich die Busk'sche Kritik noch einmal erweitern: Nicht nur wird in der gängigen ra-

dikaldemokratischen Ablehnung des Rechtsradikalismus das anti-essentialistische Prinzip essentialisiert. Auch der politische Gegner erfährt Essentialisierung, wo insinuiert wird, dass er immer eindeutig und selbstevident bestimmbar sei. Um zu zeigen, inwiefern eine solche Essentialisierung des politischen Gegners als »die Essentialist:innen« ein Problem darstellt, greife ich noch ein letztes Mal auf ethnografisches Material aus der Chemnitz-Studie zurück.

Natürlich begegnen uns in Chemnitz immer wieder eindeutig essentialisierende Formen des Politischen, einige wenige Kostproben davon lassen sich ja weiter oben nachlesen. Sehr häufig ist die Sache aber weit weniger eindeutig – nicht zuletzt allein deshalb, weil sich drastische Essentialisierungen teilweise auch aufseiten »der Linken« ausmachen lassen (Brichzin, Laux und Bohmann 2022, 166); ein Umstand, auf den Busk bereits hingewiesen hatte (Busk 2018, 244). Vor allem aber macht man es sich zu leicht, geht man davon aus, Aussagen ließen sich immer schon so zweifelsfrei als rechtsradikal kategorisieren, wie das vielleicht in den obigen Beispielen der Fall war. Sehr häufig wird die Lage tatsächlich weitaus diffuser sein – das ist uns etwa in einem Gespräch bewusst geworden, das wir auf dem Chemnitzer Marktplatz (am Rande einer Kundgebung der AfD) mit zwei Herren im Rentenalter führten (Brichzin, Laux und Bohmann 2022, 115ff.).

Wir werden auf die Herren aufmerksam, als sich einer der beiden in Rage redet: »Wir sind keine Nazis und Rassisten, wir sind Menschen von *hier!*« Wir gesellen uns hinzu und es entspintt sich ein längeres Gespräch (zu dem wir allerdings kaum etwas beitragen). Dabei tauchen viele Themen auf, die man typischerweise mit der radikalen Rechten verbindet – von der affirmativen Bezugnahme auf *das Eigene* bzw. die eigene Gemeinschaft (das heißt, die rechtschaffenen »Menschen von hier«, ob nun aus Chemnitz oder aus Deutschland), bis zu Aufregerthemen wie etwa »die Ausländer« oder »die Linke«. Und doch ist die Lage im Gespräch nicht so klar wie oben, das wird beispielhaft an der Auseinandersetzung mit dem Deutschen deutlich. In dieser Hinsicht ist nämlich zunächst einmal nur eines klar: Unsere Gesprächspartner sind mit den Zuständen in Deutschland unzufrieden, es gehe hier nur bergab. Den Grund dafür sehen sie in der Globalisierung, unter der nicht zuletzt die deutsche Wirtschaft stark leide – unwiderruflich werde letztere von Staaten wie China in allen Wirtschaftssparten abgehängt. Selbst die einzige verbliebene deutsche Hoffnungsträgerin, die Autoindustrie, werde durch weltfremde Kinder unter der Führung Greta Thunbergs zerstört. Nach und nach wird im Gespräch auf diese Weise zwar die starke Orientierung der beiden Herren an Deutschland als kognitivem Bezugspunkt deutlich. Für sich genommen ist eine solche Orientierung allerdings lebensweltlich unmittelbar nachvollziehbar und nicht weiter bemerkenswert. Auch mit ihrer Kritik an den (wirtschaftlichen) Verhältnissen in Deutschland stehen die beiden natürlich nicht allein da, sie ist mitnichten als spezifisch rechtsradikal zu bezeichnen (wenn auch der totale Abgesang auf das Deutschland der Gegenwart zu den typischen Chiffren radikal rechten Denkens gehört, ebenso der Bezug

auf die jugendliche Hassfigur Thunberg). Der Verweis auf Donald Trumps angeblich gelungene »Politik für das eigene Volk« zeugt von einer Präferenz für protektionistischen Nationalismus, doch im Falle unserer beiden Gesprächspartner lässt sich bis zuletzt nicht ganz eindeutig sagen: Ob die Rückbesinnung auf das »eigene Volk« nun schlicht utilitaristisch gemeint ist, also aus Erwägungen zum bloßen ökonomischen Nutzen heraus erfolgt. Oder ob die utilitaristische Orientierung nicht hier und da doch schon in eine essentialistische Überhöhung des Eigenen umkippt.

Erkennbar verläuft hier ein *schmaler Grat* zwischen essentialistischen und nicht-essentialistischen Formen des Politischen. Diese Feststellung zielt nicht so sehr (oder zumindest nicht allein) darauf, vor Vorverurteilung, vor der Suche nach vermeintlich radikal rechten Wesenskernen *hinter* der Oberfläche der nur scheinbar harmlosen Äußerungen zu warnen. Vielmehr soll sie den Blick frei machen für ein *theoretisches Defizit*: Wenn Demokratie nicht durch eine Prävalenz des Politischen *an sich* gekennzeichnet ist, sondern durch seine anti-essentialistische Form, so muss Demokratie vor allem in die Lage versetzt werden, den schmalen Grat zwischen essentialistischen und nicht-essentialistischen Formen des Politischen abzuschreiten. Damit wird auch die Stoßrichtung des Ausdrucks »riskante Politisierung« nochmals deutlicher: Es geht mitnichten darum, vom Politischen als »zu riskant« abzuraten. Sondern darum, sich viel genauer als bisher die Multivalenz des Politischen vor Augen zu führen und damit (theoretisch wie auch praktisch) umzugehen lernen.

Dieser Aufsatz zielt auf eine *praxeologische Verschiebung* der radikaldemokratischen Betrachtung, das hatte ich einleitend schon angekündigt. Genau das, also die praxeologische Verschiebung, ist aber letztlich die Konsequenz aus den vorangegangenen Überlegungen. Kurz rekapituliert: Zunächst einmal hatte ich argumentiert, dass sich Demokratie nicht durch die einseitige Aufwertung des Politischen (gegenüber der Politik) sicherstellen lässt, weil Demokratie eben stärker durch ein *anti-essentialistisches Moment* als durch das Moment des *Politischen* bestimmt ist. Das heißt also, dass sich Demokratie nicht mehr einfach mithilfe einer »Sphären«-Differenz – als welche die Differenz zwischen »der Politik« und »dem Politischen« häufig gedacht wird (vgl. Flügel-Martinsen 2020, 77) – verorten lässt; an die Stelle der Entgegensetzung von Politik vs. Politischem tritt die Unterscheidung von essentialistischer Politik/Politischem ( $\text{pol}_{\text{ess}}$ ) vs. nicht-essentialistischer Politik/Politischem ( $\text{pol}_{\text{n-e}}$ ).  $\text{Pol}_{\text{ess}}$  und  $\text{pol}_{\text{n-e}}$  lassen sich jedoch gerade *nicht* in jeweils eigenen Sphären ansiedeln. Vielmehr können sie – wie sich am Chemnitz-Beispiel erkennen lässt – teilweise am gleichen Ort, in der gleichen Situation, unter ähnlichen Bedingungen, also: in ein und derselben »Sphäre« unmittelbar nebeneinander auftreten, ja, mitunter auch ineinander umkippen. Aus dieser Perspektive rücken das Demokratische und das Undemokratische viel näher zusammen, zwischen ihnen liegt nur mehr ein schmaler Grat. Ihre gemeinsame Sphäre ist die der *Praxis*.

### 3. Demokratische Praxis in Parlamenten: Institutionalisierung ≠ Essentialisierung

Wenn ich für eine *demokratische Praxeologie* plädiere, dann bewege ich mich – auch dieser Hinweis tauchte bereits in der Einleitung auf – in großer Nähe zu Deweys Vorstellung von Demokratie als einer »Form des Zusammenlebens«. Unter Praxis verstehe ich dabei »die Gesamtheit der Aktivitäten sozialer Akteure, die in einer Situation bei Produktion und Reproduktion sozialer Ordnungen zusammenwirken« (Brichzin 2016a, 17). Eine Praxeologie interessiert sich entsprechend für situative, semiotisch-materielle, interaktive Erzeugungsleistungen (z.B. Bourdieu 1979; Schatzki 1996) und resoniert damit ohnehin mit radikaldemokratischen Konzeptionen, die sich für die diskursive Erzeugung von Subjektpositionen, Allianzen, Hegemonien etc. interessieren. Mit einer demokratischen Praxeologie verschiebt sich allerdings, wie betont, der Fokus etwas – die maßgebliche Frage lautet nun nicht mehr, wie sich mittels politischer Praxis die Institutionen der Politik hinterfragen lassen, um so Demokratie zu aktualisieren. Sie lautet vielmehr: Welche Formen (politischer) Praxis lassen sie eigentlich als *demokratische Praxis* in Erscheinung treten und erzeugen so Demokratie *in actu*? Ganz im Dewey'schen Sinne wird die Sorge um Demokratie damit nicht mehr hauptsächlich in eine Kritik der Institutionen ausgelagert – sie rückt näher an das allgemeine gesellschaftliche Leben heran.

Also: Welche Formen (politischer) Praxis lassen sie als demokratische Praxis in Erscheinung treten? Im Folgenden werde ich diese Frage nicht umfassend beantworten können, möchte mich ihr aber zumindest über eine zweite (schon ältere) ethnografische Politikstudie nähern, die ich vor mehreren Jahren durchgeführt habe (Brichzin 2016a): eine Studie zur politischen Praxis in Parlamenten. Für diese Untersuchung habe ich gewählte Parlamentarier:innen auf mehreren parlamentarischen Ebenen in Deutschland – Bundestag, Landtag, Stadtrat, Stadtteilparlament – für jeweils eine Woche durch ihren beruflichen Alltag und in verschiedensten Situationen und Kontexten begleitet: von typischen Sitzungen wie etwa den Plenar-, Fraktions- oder Ausschusssitzungen bis zu bilateralen Besprechungen; von Veranstaltungsbesuchen (etwa Empfänge) bis zu Ortsterminen, bei denen sich die Parlamentarier:innen von einem bestimmten Sachverhalt persönlich ein Bild machen. Auch wenn das damals nicht der Fokus meiner Studie war, würde ich heute sagen: Die Auseinandersetzung mit institutioneller politischer Praxis, wie sie sich beispielsweise in Parlamenten beobachten lässt, hält wichtige Einsichten parat für die Frage nach demokratischer Praxis.

Aus der Perspektive der RDT mag das allerdings recht merkwürdig erscheinen: Ausgerechnet in einer politischen Institution wie dem Parlament, das notorisch unter Essentialisierungs-, Verkrustungs- und sonstigem Verdacht steht, sollte man etwas über demokratische Praxis lernen können? Zwar gibt es mittlerweile ausge-

prägte Debatten zum »Institutionendefizit« der RDT, das als durchaus bearbeitenswert diskutiert wird (Herrmann und Flatscher 2020a). Allerdings ist die Richtung der Bearbeitung meist im Vorhinein klar: »Im Speziellen gilt es dabei danach zu fragen, wie im Anschluss an eine dezidierte Inblicknahme des Politischen nunmehr demokratische Institutionen theoretisch und praktisch konzipiert werden können.« (Herrmann und Flatscher 2020b, 8) Das Politische soll also die Politik informieren und reformieren.

Dem würde ich entgegenhalten: Wenn es nicht gelingt, politische Institutionen anders denn allein als Problemfall in den Blick zu bekommen, trägt man letztlich zu genau der »anti-politischen« (Mouffe 2005, 2) Kultur bei (Brichzin i.E.), welche die RDT doch selbst anprangern. Wenn es außerdem stimmt, dass die Unterscheidung zwischen pol<sub>ess</sub> und pol<sub>n-e</sub> nicht mit der Unterscheidung von Politik und Politischem in eins fällt, dann läuft man mit der radikalen Problematisierung der Politik-Sphäre außerdem Gefahr, über Jahrhunderte entwickelte, interessante und wichtige Ansatzpunkte für eine Ausweitung von pol<sub>n-e</sub> zu verkennen; also das, was auch Mouffe als Errungenschaften der »demokratischen Revolution« (Mouffe 2000, 1) begreift. Wo die Institutionenkritik sich in die Sehnsucht nach einer *tabula rasa*, nach einem revolutionären Neuanfang hineinsteigert, wiederholt sie genau eine solche absolutistische Geste, wie sie für essentialistisches Denken typisch ist. Deshalb möchte ich auf den folgenden Seiten beginnen, mich auf die Suche zu machen nach Potentialen demokratischer Praxis, wie sie einem in Parlamenten begegnen. Im Fokus steht also gerade nicht die *Verfassheit* dieser Institution – ihre Stellung im System der Gewaltenteilung, die formale Organisation ihrer Verfahren usw. –, wie das in klassischen Institutionentheorien der Demokratie der Fall ist. Mir geht es bei meinem Blick in die Parlamente um die Suche nach historisch voraussetzungsvollen, lokalen Formen und Sub-Repertoires der politischen Ent-Essentialisierung, wie sie dort bereits praktiziert werden. Eine dieser Formen möchte ich im Folgenden zumindest ansatzweise skizzieren: die Institutionalisierung *agonistischer Relationalität* in der parlamentarischen Praxis.

Meine Parlamentsstudie zielte damals darauf ab, politische Arbeitsweisen aufzuschlüsseln, wie sie in politischen Institutionen wie etwa den Parlamenten anzutreffen sind. Ich habe dann ein Modell herausgearbeitet, mit dessen Hilfe sich das Zusammenwirken dreier zentraler, sehr unterschiedlicher Modi politischer Arbeit analysieren lässt. Diese Modi habe ich »politisches Spiel«, »Themenabfertigung« und »politische Gestaltung« genannt (Brichzin 2016b, 384ff.). Als derjenige Modus politischer Arbeit, der »sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wahrnehmung der Abgeordneten am präsentesten ist« (ebd., 384) – obwohl mitnichten am häufigsten –, darf dabei das politische Spiel gelten. Das politische Spiel ist durch den »*rituellen Antagonismus*« (Mayntz und Neidhardt 1989, 382) zwischen den politischen Gegenspieler:innen (meist Regierung und Opposition) gekennzeichnet, wie Renate Mayntz und Friedhelm Neidhardt in einer frühen qualitativen Parlamentsstudie

zeigen. Das heißt: In Arbeitsprozessen, die von diesem Modus angeleitet sind, ist von vorneherein weitgehend klar, dass es am Ende keinen inhaltlichen Konsens geben wird. Eine der von mir begleiteten Abgeordneten (von der ich auch den Begriff des politischen Spiels übernommen habe) beschreibt das im Interview folgendermaßen: »Die anderen Parteien stellen Anträge und müssen darauf hoffen, dass sie abgelehnt werden, damit sie dann öffentlichkeitswirksam sagen können: Die Regierung ist eine Katastrophe und wir hätten euch so gerne geholfen, aber es geht leider nicht. Das ist dieses politische Spiel, das hat nichts mit den Personen zu tun oder in welcher Partei man gerade ist, weil das kann sich auch mal drehen, ja?« (Brichzin 2016a: 180). Man grenzt sich also offensiv von der Position des politischen Gegners ab und artikuliert die eigene Position (in einem arbeitsaufwendigen Prozess) auf eine Art und Weise, die sie gegenüber der gegnerischen möglichst als positive Alternative erscheinen lässt. Mit anderen Worten: Der Arbeitsmodus des politischen Spiels ist darauf ausgerichtet, *alternative politische Positionen* zu erzeugen. Er ist stark von Konfliktivität geprägt.

Diese Feststellung überrascht vielleicht vor dem Hintergrund der in den RDT gängigen Einschätzung, die essentialisierende Wirkung politischer Institutionen röhre nicht zuletzt daher, dass sie darauf ausgerichtet seien, Antagonismen durch Konsensmechanismen stillzustellen. Wie Mouffe schreibt: »Instead of trying to design institutions which, through supposedly ›impartial‹ procedures, would reconcile all conflicting interests and values, the task for democratic theorists and politicians should be to envisage the creation of a vibrant ›agonistic‹ public sphere of contestation where different hegemonic political projects can be confronted.« (Mouffe 2005, 3) Nun, unter Bedingungen des politischen Spiels kann man die Interaktion in Parlamenten durchaus als Ausdruck einer solchen »agonistic sphere of contestation« betrachten – ganz explizit wird in diesem Modus sogar gegen Konsens angearbeitet. Zwar wirft der bereits angesprochene ritualistische Charakter der Entgegenseitung durchaus Fragen und Probleme auf. Doch der von Mayntz und Neidhardt diagnostizierte »rituelle Antagonismus« lässt sich bei genauerer Betrachtung als »*ritueller Agonismus*« präzisieren: Im politischen Spiel wird eine Form der Entgegenseitung kultiviert, die einer Essentialisierung der politischen Gegner:innen als Feinde (Mouffe 2005, 52) gerade entgegenwirkt.

Dabei geht es im politischen Spiel durchaus zur Sache. »Wir fetzen uns auch richtig, wenn es inhaltlich nicht geht und wenn wir der Meinung sind, das ist eine wichtige Geschichte«, bemerkt ein Parlamentarier (Brichzin 2016a: 143). Bei Sitzungen beispielsweise wird den Positionen der politischen Gegenseite regelmäßig massives Ungenügen vorgeworfen – das Register der Argumente ist dabei vielfältig und einfallsreich, es reicht etwa von Anklagen der Banalität bis zur Konzeptlosigkeit; von Fehlerhaftigkeit über Realitätsverlust bis zur Beratungsresistenz (Brichzin 2016a: 184). Mitunter zielen die Angriffe auch ganz deutlich auf die Personen, die hinter den Positionen stehen – dann können Vorwürfe wie etwa mangelnde Ernsthaftigkeit,

Naivität oder fehlende Professionalität in den Vordergrund geraten (ebd., 185). Gerade bei auf Personen zielenden Formen der Diskreditierung gibt es allerdings auch deutlich Grenzen; zunehmendes Gemurmel unter den Anwesenden zeigt an, wenn Redner:innen mit ihren Beiträgen diesen Grenzen allzu nahe kommen. Oder sie sogar überschreiten – so etwa bei einer Ausschusssitzung im Landtag, als eine Abgeordnete einer Oppositionsfaktion den Regierungsfraktionen entgegenschmettert: »Wenn Sie sorgfältig gewesen wären«, dann hätte man auf ein besseres Ergebnis blicken können, als es nun eben vorliege. Und sie fügt hinzu: »Da haben Sie Ihren Verstand nicht beisammengehabt.« Auf diese Bemerkung, die offenbar als Tiefschlag gewertet wird, folgt großer Aufruhr im Sitzungssaal (ebd.). Diese Reaktion lässt bereits erahnen: Es gibt Vorkehrungen – stark verinnerlichter Art –, die verhindern, dass der Agonismus in Antagonismus umkippt.

Einer der wichtigsten Mechanismen, um die Verhärtung des Konflikts zu persönlicher bzw. gruppenbezogener Feindschaft vorzubeugen, ist der Einbau von Momenten der *reflexiven Distanzierung* vom politischen Spiel – nicht selten geht das mit Momenten der Heiterkeit einher. Manchmal sogar bei Gelegenheiten, die ein paar Minuten zuvor noch die Gemüter erhitzt hatten, etwa in der Ausschusssitzung von eben: Ein paar Tagesordnungspunkte weiter werden einige Anträge durch Mitglieder der Regierungsfraktionen vorgestellt. Im Anschluss übergibt der Ausschussvorsitzende das Wort an einen Kollegen von Oppositionsseite – der Kollege sei nun als Mitberichterstatter für alle bis hierher behandelten Anträge (9 Stück) zuständig. Dieser Hinweis ruft ob des Umfangs der Zuständigkeit allgemeine Erheiterung hervor. Der Vorsitzende fügt noch schelmisch hinzu: »Sie dürfen sich auch kurz fassen!« Anscheinend belustigt, erwidert darauf der Mitberichterstatter: Das gehe nun nach diesen Vorlagen nicht so einfach. Wieder folgt allgemeine Heiterkeit (Brichzin 2016a: 189). An dieser Reaktion zeigt sich, dass der Mitberichterstatter mit seinem Vorhaben, die Anträge der Regierungsfraktionen ausführlich zu kommentieren und zu kritisieren, auf allgemeines Verständnis – gerade auch vonseiten der Regierungsfraktionen – zählen kann. Deutlich wird so, dass sich alle Beteiligten über die Parteiengrenzen hinweg darüber im Klaren sind: Bei den im Rahmen der Parlamentsarbeit ausgetragenen Konflikte handelt es sich um bedingte, begrenzte, um Konflikte unter Vorbehalt.

Unter Vorbehalt stehen allerdings nicht nur Konfliktbeziehungen. Dasselbe gilt für Beziehungen zwischen Parlamentarier:innen, die sich inhaltlich nahe stehen, gemeinsame Projekte verfolgen, sich vielleicht sogar sympathisch sind und freundschaftlich miteinander umgehen. Die Interviewpartnerin, die bereits weiter oben zu Wort gekommen ist, drückt das in klaren Worten aus: »Also, [...] in der Politik muss man unterscheiden. Also es gibt aus meiner Sicht da eigentlich keine Freunde. [...] Und man muss in der Politik wissen, man ist dort nicht, um Freunde zu suchen, man ist dort, um politische Arbeit zu machen, man geht miteinander eine Wegstrecke. Man wird sie auch nicht mehr gehen miteinander. Und dessen muss man sich

klar sein.« (Brichzin 2016a: 157) Theoretisch ließe sich die Sache vielleicht so formulieren: Agonistische Beziehungen sind von einer *konstitutiven Distanznahme* geprägt, die verhindert, dass man in einer bestimmten Relation – sei sie nun konflikthaft oder nicht – vollständig aufgeht, sich vollauf mit ihr identifiziert. Eine solche Distanznahme wirkt nicht nur der Essentialisierung der politischen Gegenseite entgegen (weil sie den je aktuellen Konflikt relativiert), sie steht auch der Ausbildung einer unbedingten Loyalität im Wege, wie sie in Demokratien ebenfalls zum Problem werden kann. Dass sie allerdings persönlich nicht immer leicht auszuhalten ist, steht auf einem anderen Blatt. Angesprochen auf die latente Konfliktivität aller politischen Beziehungen meint ein anderer Abgeordneter (und mehrere Kolleg:innen pflichten ihm bei): »Ich mag es nicht, ich find es anstrengend, ich find es auch ärgerlich [...]« (Brichzin 2016a: 169).

Mouffe macht deutlich, dass für sie die weitere Entwicklung der Demokratie davon abhängt, ob es gelingt, vorhandene antagonistische Potentiale in agonistische Formen des Politischen – die dazu beitragen, die Prävalenz von pol<sub>n-e</sub> zu gewährleisten – zu transformieren. Auch und gerade, um rechtsradikalen Politisierungen entgegenzuwirken, die darauf abzielen, den politischen Konflikt zu verabsolutieren (und in letzter Konsequenz darauf, die politische Gegenseite auszumerzen; Mouffe 2005, 5; vgl. Brichzin, Laux und Bohmann 2022, 131). Vor dem Hintergrund der Kritik am Institutionendefizit der RDT hat nun etwa Dirk Jörke schon vor knapp 20 Jahren Mouffes fehlende Angaben dazu problematisiert, wie denn eigentlich solch eine Transformation von Antagonismus in Agonismus genau aussehen, wie sie gelingen könnte: »Doch bleibt es insgesamt im Unklaren, wie Mouffe sich stattdessen [also anstelle der klassischen Institutionen] die Gewährleistung von demokratischen Prinzipien vorstellt.« (Jörke 2004, 182) Die hier verfolgte These lautete: Der sehr genaue Blick in die politischen Institutionen, zum Beispiel auf die parlamentarische Praxis, könnte bei der Beantwortung genau dieser Frage weiterhelfen – so offenbart er etwa eingelebte Arten und Weisen der Erzeugung agonistischer Formen von Relationalität. Mit dieser Feststellung wagen wir uns allerdings deutlich auf das Terrain der Beschäftigung mit demokratischen Lebensformen – es ist das Terrain Deweys.

Dewey lässt sich als Vordenker der RDT interpretieren, weil er Demokratisierung in der Tat *radikal* denkt (Jörke und Selk 2019): Demokratie ist nicht etwas, das in abgeschotteten Sphären der Politik stattfindet, Demokratie muss aus seiner Sicht die Gesellschaft als Ganze durchdringen und die Interaktionen ihrer Angehörigen grundlegend prägen. Einer der wichtigsten Ansatzpunkte, um genau das zu erreichen, ist für Dewey die Formierung *demokratischer Subjekte* – das ist wohl auch der Grund, warum er sein Buch über »Demokratie und Erziehung« für das wichtigste der eigenen Werke hält. In diesem Buch argumentiert er (manchmal in Worten, die heutigen Generationen als etwas »outdated« erscheinen mögen, aber inhaltlich erhellend), dass das Ziel demokratischer Bildung die »Willenszucht und -schulung«

(Dewey 2011, 185) im Sinne der Herausbildung einer bestimmten »geistigen Haltung« (ebd.) ist – einer geistigen Haltung nämlich, die einer kontingenten Welt, einer Welt, »die sich ständig wandelt« (ebd., 203), mit Offenheit, Experimentierfreude und einem Bewusstsein für Pluralität zu begegnen in der Lage ist (ebd., 396). Mit anderen Worten: Es geht ihm darum, Wege zu finden, wie sich pol<sub>n-e</sub> systematisch verinnerlichen lässt.

Ein zentrales Element von pol<sub>n-e</sub>, darum drehte sich dieser Abschnitt, ist agonistische Relationalität. Aus meiner Sicht lässt sich die Verinnerlichung agonistischer Relationalität, wie sie sich in den beschriebenen parlamentarischen Situationen gezeigt hat, als Ergebnis demokratischer Subjektivierung im Dewey'schen Sinne begreifen. Hier ist sie allerdings nicht das Ergebnis formaler Bildung, sie ist vielmehr das Ergebnis einer konkreten Praxis, eines kontinuierlichen »Handelns und [...] Erleidens« (ebd., 361) in einem Kontext pluralistischer Positionen und ständig wechselnder Gruppierungen und Allianzen. Demokratische Subjektivierung ist also Ergebnis dieser Praxis, doch sie wirkt gleichermaßen auf die Praxis zurück: Nur, wenn die Navigation des schmalen Grats zwischen antagonistischer und agonistischer Entgegenseitung – in Parlamenten also etwa: der Unterschied zwischen einer herausfordernden und einer fundamental abwertenden Konfrontation – tatsächlich verinnerlicht ist, ist stabile demokratische Praxis möglich. Das ist es, was sich in politischen Institutionen wie etwa den Parlamenten lernen lässt.

#### **4. Von demokratischer Praxeologie zu politischer Epistemologie**

Theorie ist nicht unabhängig zu denken von der Gesellschaftsordnung, unter deren Bedingungen sie sich entfaltet – von dieser Feststellung war dieser Aufsatz ausgegangen. Der Aufstieg des Rechtsradikalismus und die damit einhergehende Bedrohung eines zumindest relativ demokratisierten Status quo stellen, so die hier verfolgte These, demokratietheoretische Überlegungen und nicht zuletzt auch Überlegungen im Rahmen der RDT vor neue Herausforderungen. Insbesondere stifteten rechtsradikale politische Bewegungen erhebliche Verwirrung, was die radikaldemokratietheoretische Unterscheidung zwischen »der Politik« und »dem Politischen« betrifft: Ganz klar Ausdruck des Politischen, zielen rechtsradikale Bewegungen dennoch auf eine Fixierung, eine Naturalisierung, eine Essentialisierung der Verhältnisse – also genau das Gegenteil dessen, was man sich in den RDT gemeinhin vom Politischen verspricht. Dabei unterminieren sie außerdem politische Institutionen und lassen Politik – die radikaldemokratietheoretisch bisher vor allem als zu bearbeitender Problemfall gegolten hatte – als prekär und schützenswert in Erscheinung treten.

Meine Argumentation zielte allerdings nicht darauf ab, unter Bedingungen rechtsradikaler Landgewinne den theoretischen Schwerpunkt nun wieder ver-

stärkt auf die institutionalisierte Sphäre der Politik zu legen. Aus meiner Sicht ist mit der Veränderung der politischen Landschaft vielmehr die Unschärfe der bisherigen Kategorien sichtbar geworden: Statt die beiden Unterscheidungen Politik/Politisches und essentialistisch/nicht-essentialistisch parallel zu führen und häufig (zumindest implizit) kurzzuschließen, müssen sie systematisch geschieden werden, um die politischen Entwicklungen der Gegenwart adäquat fassen zu können. Am Beispiel der rechtsradikalen Bewegungen in Chemnitz nach den Ausschreitungen von 2018 habe ich versucht zu zeigen, dass Politisierung nicht zwangsläufig *vor allem* ent-essentialisierende – also epistemisch auf Erfassen des kontingenten Gewordenseins gerichtete – Wirkung besitzt; im Gegenteil kann sie auch stark essentialisierende (z.B. Gruppen essentialisierende) Folgen haben. Als für die Bestimmung von Demokratie entscheidend erscheint daher nicht so sehr die Unterscheidung Politik/Politisches, als vielmehr die Unterscheidung zwischen pol<sub>ess</sub> (essentialisierender Politik/Politischem) und pol<sub>n-e</sub> (nicht-essentialisierender Politik/Politischem): Demokratie ist stark mit der Verwirklichung von pol<sub>n-e</sub> verknüpft.

Entsprechend ist auch nicht-essentialistische *Politik* ohne weiteres denkbar. Das hatte ich für den Fall der politischen Praxis in Parlamenten exemplarisch illustriert: Hier lassen sich etwa eingespielte Mechanismen der Erzeugung agonistischer Relationalität beobachten, die eine Essentialisierung von Konflikten zu feindschaftlichen Antagonismen unterbinden. Dieses Beispiel sollte deutlich machen, dass demokratietheoretisches Denken viel von der genauen Auseinandersetzung mit Institutionen lernen kann – vor allem über die Formen der Institutionalisierung von pol<sub>n-e</sub> in der Praxis. Um diese in den Blick bekommen zu können, ist allerdings eine Verschiebung der Beobachtungsebene nötig: An die Stelle der Vorstellung einer Sphären-Differenz zwischen Politik und Politischem tritt das Interesse an Aktualisierungen von pol<sub>ess</sub> und pol<sub>n-e</sub> in der Praxis. *Demokratische Praxeologie* untersucht, wie Formen von pol<sub>n-e</sub> im fluiden, kontingennten Vollzug von Praxis (etwa durch demokratische Subjektivierungen) erzeugt, aktualisiert und stabilisiert werden, also eine demokratische Praxis hervorgebracht wird, mit der sich rechnen lässt – und wo (und wie) sich im Gegenteil pol<sub>ess</sub> Raum verschafft.

Von politischer Praxis in den Institutionen lernen – das ist nicht nur radikaldemokratisch, das ist auch gesellschaftlich kontraintuitiv. Denn auch gesellschaftlich ist tiefes Misstrauen gegenüber »der Politik« an der Tagesordnung. Zumindest an diesem Punkt besteht also erkennbar Kongruenz zwischen der gesellschaftlichen Denkordnung und radikaldemokratischer Theorie. Dabei sind es doch gerade die RDT, die anti-politische Tendenzen in der Gesellschaft anprangern (wenn auch bisher vor allem aus einer anderen, nämlich Alternativlosigkeitsbehauptungen problematisierenden Richtung; vgl. z.B. Flügel-Martinsen 2020, 110ff.). Die Vorbehalte gegenüber institutionalisierter Politik betreffend spiegelt sich gesellschaftliches Resentiment allerdings bislang häufig in den RDT.

Die Konsequenz, die ich aus dieser Feststellung ziehen würde, wäre: Theorie muss nicht nur ihr Verhältnis zur Gesellschaftsordnung, sie muss auch ihr Verhältnis zur gesellschaftlichen Denkordnung (die selbst wiederum nicht unabhängig von Gesellschaftsordnungen zu begreifen ist) reflektieren. Mir erscheint es daher sinnvoll, sich radikaldemokratisch nicht nur mit demokratischer Praxeologie, sondern auch mit dem »aufstrebende[n] Forschungsfeld« (Vogelmann 2022, 7; Jasanoff 2017; Straßheim 2017) der *politischen Epistemologie* auseinanderzusetzen. Politische Epistemologie interessiert sich für den politischen Einfluss von und den politischen Einfluss auf gesellschaftliche Denkordnungen. Während sich demokratische Praxeologie auf die konkreten Artikulations- und Erzeugungsweisen von Demokratie in der Praxis fokussiert, hilft vor allem politische Epistemologie, die schmalen Grate abzuschreiten, die dabei – allen voran zwischen pol<sub>ess</sub> und pol<sub>n-e</sub> – durchlaufen werden. Das gilt nicht zuletzt für den schmalen Grat, der zwischen politischem Ressentiment und emanzipativer Kritik verläuft.

Gerade die politikepistemologische Aufmerksamkeit auf derart schmale Grade scheint mir ein wichtiges Denkmittel im Kontext gegenwärtiger gesellschaftlicher Bedingungen zu sein. Denn in der Aufregung um die neuen Erfolge des Rechtsradikalismus macht sich in der politischen Debatte eine problematische Tendenz zur Vereindeutigung verstärkt bemerkbar (Bauer 2019; vgl. Brichzin 2019) – nicht zuletzt in Chemnitz, dieser vermeintlich unhintergehbar »rechten Stadt« (Brichzin, Laux und Bohmann 2022, 25), in der einmal mehr die bisher vor allem emanzipativ verstandene Formel »Wir sind das Volk« in ein sinistres Licht gerückt und zunehmend verdächtig wird. Politische Epistemologie macht sichtbar, dass nicht jede Artikulation, nicht jede Form politischer Festschreibung notwendig essentialistisch bzw. essentialisierend wirkt; aber auch, dass der Weg von essentialistischen zu nicht-essentialistischen Artikulationen gefährlich kurz und immer riskant ist. So hilft sie nicht zuletzt, die demokratietheoretisch so zentrale Kategorie des »Volks«, wie sie auch in Chemnitz immer wieder auftaucht, als *Kippfigur* zu begreifen (Brichzin, Laux und Bohmann 2022, 119): Auf der einen Seite ist sie normativer Bezugspunkt, der absolutistische Alleingänge der Regierenden durch Anbindung an eine fundierende Allgemeinheit verhindern soll. Auf der anderen Seite kann sie aber auch als absolutistische Figur wirken, die als Wesenheit (»das Deutsche«) gedacht wird und neben sich nichts anderes mehr gelten lässt. Politische Epistemologie ermöglicht es, die Bedingungen zu verstehen, die zum Kreuzen dieser beiden Seiten führen.

## Literatur

- Bauer, Thomas. 2019. *Die Vereindeutigung der Welt: Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*. Stuttgart: Reclam.
- Bohmann, Ulf und Paul Sörensen. 2019. »Zur Kritischen Theorie heute.« In *Kritische Theorie der Politik*, hg. von Ulf Bohmann und Paul Sörensen, 9–62. Berlin: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre. 1979. *Entwurf einer Theorie der Praxis*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brichzin, Jenni. i.E. »Demokratie, soziologisch beobachtet: Zwei Desiderate in Zeiten wankender Gewissheiten.« In *Die Fabrikation von Demokratie*, hg. von Jan-Peter Voß und Hagen Schölzel. Wiesbaden: Springer VS.
- Brichzin, Jenni. 2023. »Epistemische Verantwortung? Überlegungen zum Verhältnis von Denk- und Gesellschaftsordnung in Zeiten einer Wahrheitskrise.« In *Der Kampf um die öffentliche Meinung zwischen Fakt und Fiktion*, hg. von Simone Jung, Steffi Hobuß und Sven Kramer. Berlin: Verbrecher, 49–78.
- Brichzin, Jenni. 2016a. *Politische Arbeit in Parlamenten: Eine ethnografische Studie zur kulturellen Produktion im politischen Feld*. Baden-Baden: Nomos.
- Brichzin, Jenni. 2016b. »Wie politische Arbeit Evidenz erzeugt. Eine ethnografische Studie zur kulturellen Produktion in Parlamenten.« *Zeitschrift für Soziologie* 45 (6): 375–92.
- Brichzin, Jenni. 2019. »Wider das Diktat der Eindeutigkeit: Ein Denkanstoß im Geist der Kritischen Theorie.« *Soziologie* 48 (4): 425–29.
- Brichzin, Jenni, Henning Laux und Ulf Bohmann. 2022. *Risikodemokratie. Chemnitz zwischen rechtsradikalem Brennpunkt und europäischer Kulturhauptstadt*. Bielefeld: transcript.
- Buchstein. 2020. »Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben? Eine freundliche Polemik zu den radikalen Demokratietheorien anlässlich des Einführungsbuches von Oliver Flügel-Martinsen.« Zugriff am 2. März 2023. <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung/>.
- Busk, Larry Alan. 2018. »Radical Democracy with what Demos?«. *Radical Philosophy Review* 21 (2): 225–48.
- Comtesse, Dagmar, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen und Martin Nonhoff. 2019. »Einleitung.« In Comtesse et al. 2019, 11–21.
- Comtesse, Dagmar, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen und Martin Nonhoff, Hg. 2019. *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp.
- D'Ancona, Matthew. 2017. *Post-Truth: The New War on Truth and How to Fight Back*. First published. London: Ebury Press.
- Dewey, John. 2011. *Demokratie und Erziehung: Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*. 5. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz.

- Flügel-Martinsen, Oliver. 2020. *Radikale Demokratietheorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Flügel-Martinsen, Oliver. 2022. »Radikale Demokratietheorie unter Normalisierungdruck.« *Leviathan* 50 (4): 557–76.
- Herrmann, Steffen und Matthias Flatscher, Hg. 2020a. *Institutionen des Politischen: Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*. 1. Auflage. Zeitgenössische Diskurse des Politischen Band 19. Baden-Baden: Nomos.
- Herrmann, Steffen und Matthias Flatscher. 2020b. »Institutionen des Politischen. Ein Problemaufriss aus radikaldemokratischer Perspektive.« In *Institutionen des Politischen: Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, hg. von Steffen Herrmann und Matthias Flatscher. 1. Auflage, 7–25. Zeitgenössische Diskurse des Politischen Band 19. Baden-Baden: Nomos.
- Jasanoff, Sheila. 2017. »Science and democracy.« In *The Handbook of Science and Technology Studies*, hg. von Ulrike Felt, Rayvon Fouqué, Clark Miller und Laurel Smith-Doerr. 4. Aufl., 259–87. Cambridge: MIT Press.
- Jörke, Dirk. 2004. »Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe.« In *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute.*, hg. von Oliver Flügel, Reinhard Heil und Andreas Hetzel, 164–84. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Jörke, Dirk und Veith Selk. 2019. »John Dewey.« In Comtesse et al. 2019, 78–87.
- Koschorke, Albrecht. 2018. »Linksruck der Fakten.« *Zeitschrift für Medien- und Kulturforschung* 9 (2): 107–18.
- Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe. 2001. *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Marchart, Oliver. 2010. *Die politische Differenz*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Martinsen, Franziska. 2019. »Politik und Politisches.« In Comtesse et al. 2019, 583–91.
- Mayntz, Renate und Friedhelm Neidhardt. 1989. »Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten – eine empirisch explorative Studie.« *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20 (3): 370–87.
- McIntyre, Lee C. 2018. *Post-Truth*. The MIT Press essential knowledge series. Cambridge, Massachusetts, London, England: The MIT Press.
- Mouffe, Chantal. 2000. *The Democratic Paradox*. London, New York: Verso.
- Mouffe, Chantal. 2005. *On the Political*. London, New York: Routledge.
- Pluckrose, Helen und James A. Lindsay. 2020. *Cynical Theories: How Activist Scholarship Made Everything About Race, Gender, and Identity – and Why This Harms Everybody*. Durham: Pitchstone Publishing.
- Ramin, Lucas von. 2021. »Die Substanz der Substanzlosigkeit: Das Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorie.« *Leviathan* 49 (3): 337–60.
- Schatzki, Theodore. 1996. *Social Practices: A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Straßheim, Holger. 2017. »Politics and policy expertise: towards a political epistemology.« In *Handbook of Critical Policy Studies*, hg. von Frank Fischer, Douglas Torgerson, Anna Durnová und Michael Orsini, 319–40. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Vogelmann, Frieder. 2022. *Die Wirksamkeit des Wissens: Eine politische Epistemologie*. Berlin: Suhrkamp.

